

J. r o m. m.

48^m

From m.

418 ^m

Blondeau

6
Ü B E R
DIE ZURÜCKWIRKENDE KRAFT
DES GESETZES.



EIN VERSUCH

DES HERRN BLONDEAU

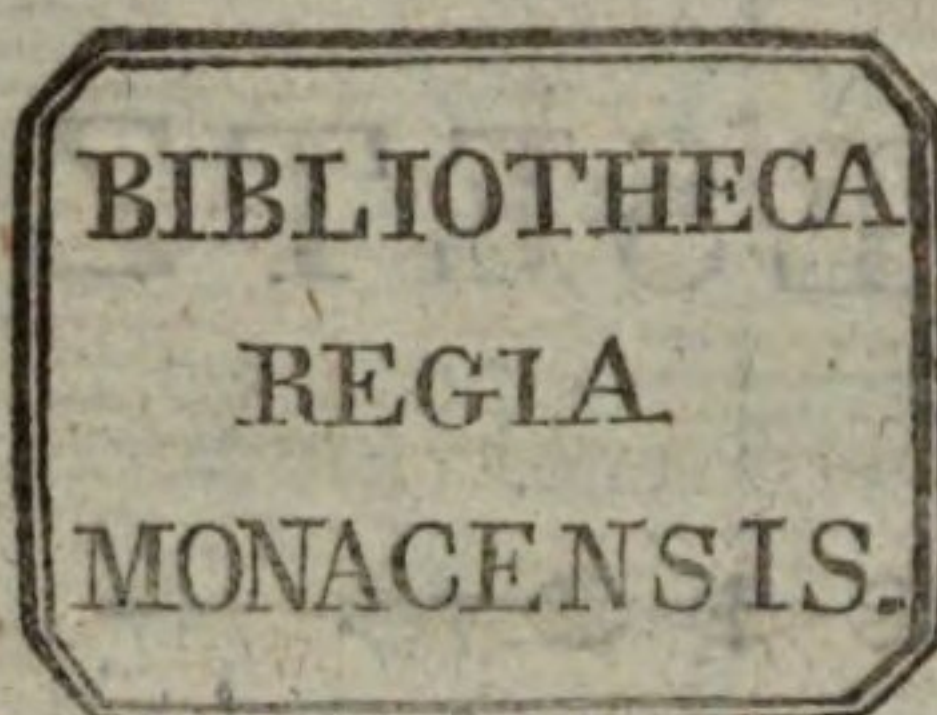
*ausserordentlichen Professor bei der juristischen
Facultät zu Paris.*



DÜSSELDORF,
in der Großherz. priv. Hofbuchhandlung.

1 8 1 0.

137. A.



Jedes neue Gesetz stößt bei seiner Einführung auf Erwartungen, welche dem alten Gesetze gemäß entstanden waren. 1.) Derjenige, der von diesem die

- 1) Die Hoffnung welche wir haben, die Früchte einer Sache zu geniessen, in deren Besitze wir sind, oder einstens in ein Recht zu treten, welches uns durch das Gesetz oder durch eine Uebereinkunft zugesichert ist, nennt man Erwartung. Wer das Eigenthum und den Besitz einer unbeweglichen Sache hat, macht sich die Erwartung, daß er alle Früchte derselben geniessen und stets damit nach seiner Willkühr werde schalten können. Der Minderjährige, welchem bekannt ist daß er mit ein und zwanzig Jahren die Größjährigkeit erreicht, ist in der Erwartung als dann die freie Verwaltung seines Vermögens zu erhalten.

Eigenschaft eines Franzosen, eines rechtsfähigen Franzosen, eines ehelichen Kindes eines Ehegatten, eines Eigenthümers erhalten hatte: hat auf dasselbe die Hoffnung gegründet, stets als Franzose, als rechtsfähiger Franzose, als eheliches Kind behandelt zu werden, und den Stand eines Ehegatten, eines Eigenthümers so lange zu geniessen, bis daß recht entziehende (2) Begebenheiten (événemens divertitifs.) eintreten, welche in demselben Gesetze, das ihm diese Rech-

2.) Unter Recht entziehende Begebenheiten versteht man diejenigen, durch welche man ein Recht verliert. — Ich war Eigenthümer einer Sache, ich verkaufe sie; der Verkauf ist die rechtentziehende Begebenheit, Vermöge welcher ich mein Eigenthum verliere. — Es ist zu bemerken, daß so wohl zum Verlust, als zur Erwerbung eines Rechtes, von welcher Art es sey, eine Begebenheit oder eine Handlung nöthig ist.

te gegeben hatte, enthalten sind. Auch mußte er glauben, daß man sowohl in Rücksicht seiner gesellschaftlichen als häuslichen Verhältnisse, in welche er unter dem alten Rechte getreten war von ihm keine andern Beweise als die von diesem Gesetze vorgeschriebenen fordern würde. Nicht weniger hat er die Hoffnung gehegt, daß mit diesen Verhältnissen stets dieselben Rechte verknüpft seyn, er durch sie dieselbe Fähigkeit genießen, und sie ihm nie neue Verbindlichkeiten auflegen würden.

Wer, unter der Herrschaft des alten Rechtes, eine Begebenheit erlebt hat, von welcher für ihn die Erwerbung eines Rechtes abhängig war, dem ist die Hoffnung geworden, daß diese Begebenheit dieselben Wirkungen haben werde,

welche das alte Gesetz damit verband, Hätte selbst diese Begebenheit nur die Kraft einer Bedingung, das heißt: wäre die Wirksamkeit derselben noch von einer fernern Begebenheit abhängig, so hat sie doch einer Hoffnung das Daseyn gegeben; und diese Hoffnung richtet sich nach der Wahrscheinlichkeit der zweiten Begebenheit.

Eben so war derjenige, welcher unter dem alten Gesetze eine durch dasselbe nicht verbotene Handlung beging, befugt zu glauben, dieselbe werde ihm nie zum Nachtheile gereichen, und ihm in der Folge nicht eine Quelle mehr oder minder lästiger Verbindlichkeiten werden. Endlich selbst derjenige welcher sich durch gesetzwidrige Handlungen eine Verbindlichkeit aufgelegt hat,

ist berechtigt zu erwarten , daß diese Verbindlichkeit , die in dem alten Gesetze bestimmten Schranken nicht überschreiten wird.

So oft auf solche Weise , dem Gesetze gemäß , eine Erwartung begründet ist , sie stütze sich nun auf ausdrückliche Verfügungen des Gesetzes , oder selbst auf das Stillschweigen des Gesetzgebers allein , verdient diese Erwartung Rücksicht , und sie darf , sollen nicht nachtheilige Folgen entstehen , nicht getäuscht werden.

Die größte Wohlthat der Gesetze ist unstreitig die Sicherheit die wir durch sie genießen. Aus ihr entspringt jenes Zutrauen auf die Zukunft , welches die Grundveste unserer Betriebsamkeit ist. Jedem die besten Verhaltensregeln

anzugeben , oder mit andern Worten:
die Rechte und Verbindlichkeiten zweck-
mäfsig zu vertheilen , selbst den gegen-
wärtigen Genuß dieser Rechte zu sichern ,
ist ohne Zweifel eine Wohlthat ; doch
von geringem Werthe würde dieselbe
seyn , wenn nicht die Hoffnung damit
verbunden wäre , daß diese Vertheilung
länger als einen Tag dauerte. Selbst im
gesetzlosen Zustande ist es möglich daß
ein Mensch mit einiger Klugheit , beson-
ders wenn er denjenigen , welche ihn
umgaben , an Stärke und List überlegen
ist , den Vortheil geniessen könne , seine
Kräfte und Anlagen auf einen Augenblick
auf die für ihn und seine Mitmenschen
nützlichste Weise geltend zu machen ;
was aber die Gesetze allein bewirken
können , was wesentlich ihr Werk ist ,

das ist: für die Zukunft die Verhältnisse zu sichern welche heute bestehen; dem arbeitsamen Menschen für die noch entfernten Früchte seiner Betriebsamkeit Sicherheit zu gewähren; jene nützlichen Spekulationen aufblühen zu machen, welche ein unbegrenztes Zutrauen auf die Fortdauer gewisser gesellschaftlicher Verhältnisse voraussetzen.

Was geschieht aber wenn der Gesetzgeber mit eigener Hand die Hoffnungen vernichtet, die er selbst geschaffen hatte, wenn er selbst das Wort bricht, welches er gegeben hat? Man kann sagen, daß er alsdann seine eigene Macht untergrabe, und sich selbst der geheiligten Würde beraube, welche ihm von dem ephemeren Beschützer unterscheidet, dessen Gewalt sich nur auf die Umstände

des Augenblicks gründet. Dann giebt es kein Eigenthum, keine Spekulationen, keine Industrie mehr.

Wollte man aber jede Erwartung berücksichtigen, so würde ein neues Gesetz nur auf die nach seiner Einführung gebohrnen Individuen (3.) oder wenigstens nur auf jene, welche nach diesem Zeitpunkte in ein Alter getreten sind, wo man in Rücksicht der durch das Gesetz beherrschten Verhältnisse, überlegte Hoffnungen zu schöpfen angefangen hat, angewendet werden können. Selbst dann müßte man befürchten, die Anhänglich-

3.) Es wäre denn, daß, ohne den Zweck zu ändern, dasselbe nur die Art zu diesem zu gelangen geändert habe, in welchem Falle der Geist des Gesetzes derselbe bleibt; nun aber verdienen wesentlich nur die diesem Geiste gemäß entstandenen Erwartungen gesichert zu werden.

keit der Väter zu kränken, wenn man den Zustand der Kinder andern Gesetzen unterwerfen wollte, weil die Theilnahme des Menschen sich natürlich auf alles ausdehnt, was ihm werth ist.

Die Regel der Gesetzgebungs-Kunst, welche eine heilige Achtung den entstandenen Hoffnungen gebietet gründet sich auf das gesellschaftliche Wohl; und dieses selbst fordert zuweilen, daß man sich von derselben entferne.

Wenn es weniger Uebel verursacht die unter dem alten Gesetze entstandenen Hoffnungen zu zerstören, als diesem Gesetze seine ganze Herrschaft zu lassen, so darf der Gesetzgeber, welcher beinahe immer nur zwischen Uebeln zu wählen hat, keinen Anstand nehmen, die Ver-

fügungen des neuen Gesetzes in Wirkung treten zu lassen.

Es giebt aber Erwartungen, welche, wollte man sie kränken, die Quelle so bedeutender Nachtheile seyn würden, daß, in der gewöhnlichen Ordnung der Dinge, dem Gesetzgeber fast immer daran gelegen seyn muß, selbige nicht zu verletzen. (4.)

4.) Werden dennoch solche Erwartungen verletzt, so hat das Gesetz, was man im allgemeinen eine zurück wirkende Kraft nennt. Unser Gesetzgeber hat erklärt, daß seine Verfügungen keine zurück wirkende Kraft haben sollen; wem steht aber darüber zu entscheiden zu, ob die Erwartung, welche durch einen Art. des Gesetzbuchs gekränkt würde, zu denjenigen gehöre oder nicht, welche zu schonen des Gesetzgebers Absicht war, und deren Verletzung eine zurückwirkende Kraft des Gesetzes seyn würde? — Die folgenden Anmerkungen werden die Mit-

Unterscheidet man diese Erwartun-
gen von jenen, welche, in Vergleichung
mit den dringenden Beweggründen die
unmittelbare Reformen gebieten, nur von
unbedeutender Wichtigkeit sind, so

tel zur Entscheidung dieser wichtigen Fra-
ge darbieten.

Mufste man es aber dem Rechtsgelehr-
ten überlassen, zu Grundsätzen der Nütz-
lichkeit ihre Zuflucht zu nehmen, um aus
diesen Auslegungsregeln zu schöpfen? Hätte
der Gesetzgeber nicht selbst diese Grund-
sätze zum Gesetz erheben und den Rich-
tern sagen sollen: "Die Erwartung, die
Eigenschaft eines Franzosen, eines Vaters,
eines Ehegatten oder diejenige eines Ei-
genthümers beizubehalten, gehört zu jenen
geheiligten Erwartungen, welche ich nicht
zerstören wollte; diejenige, ein Recht
vermöge einer noch ungewissen Begeben-
heit zu erwerben, zu den entfernten Er-
wartungen, welche ein neues Gesetz ohne
Nachtheil modifiziren darf. Eben so ist es
mit der Fähigkeit zu erwerben, Verträge
zu schliessen oder auf diese oder jene Weise
zu übertragen; etc., — Vielleicht war
man der Meinung, dafs es unmöglich sey

schreibt man eine Abhandlung über die zurück wirkende Kraft des Gesetzes überhaupt; so bezeichnet man dem Gesetzgeber die Fälle, in welchen

in dieser Materie nur einiger maßen allgemeine Regeln aufzustellen und dafs, wenn man die Sache nicht mehr dem Ermessen der Richter überlassen wollte, es nothwendig seyn würde, dafs der Gesetzgeber alle transitorische Fragen ausdrücklich entscheide.

Wir wollen es zu beweisen versuchen, dafs wenn diese Unmöglichkeit in einem unzweckmäfsig klassifizirten System wirklich vorhanden ist, selbige sobald verschwinde, als die Materie des Privatrechts in eine natürliche, von den falschen Begriffen des Schlendrians unabhängige Ordnung zusammen gestellt wird. — Hätte es aber seine Richtigkeit, dafs man nicht solche allgemeine Grundsätze auffinden könne, welche zu begründen ich mich unterfange habe, so würde ich doch eher vorziehen, dafs der Gesetzgeber es sich zum Grundsatz mache, die transitorische Wirkung eines jeden Artikels zu bestimmen, als die Willkühr bestehen zu sehen, welcher wie gegenwärtig ausgesetzt sind.

er ohne Aufschub handeln, und jene, in welchen er die Kraft seines Gesetzes auf einige Zeit aufzuschieben hat; so giebt man den Richtern Anleitung, wie sie da, wo der Gesetzgeber sich nicht erklärt hat, in seinen Geist eindringen und die Wirkung der neuen Verfügungen in ihrem Verhältnisse zu den alten bestimmen sollen.

Es ist nicht unsere Absicht, alle einzelnen positiven Verfügungen, welche ein vollendetes System der Gesetzgebung eines Volks enthält, unter diesem Gesichtspunkte zu untersuchen: Wir wollen nur unsern Grundsatz auf die privat Verhältnisse der Bürger anwenden. Gleichwohl werden wir hier einige allgemeine, das heißt, auf alle Zweige der Gesetzgebung anwendbare Bemerkungen vor-

ausschicken; sie sollen uns zum Standpunkt dienen, um von demselben aus zu dem Privat-Rechte zu gelangen und uns die gesetzgebenden Mafsregeln darbieten, die mit diesem Theile des Rechtes verknüpften Erwartungen zu würdigen. (5.)

5.) Es ist nicht unser Vorhaben zu untersuchen, welche Verfügungen in unserm neuen Gesetzbuche das alte Recht modifiziren, und auf welche die Regeln, die wir aufstellen werden, anwendbar sind. Bloss hypothetisch behandeln wir diese Frage, und zwar auf folgende Weise kann man voraussetzen, daß wir sie gestellt haben: Hat ein neues Gesetz in den Verfügungen welche diese oder jene Materie betreffen, z. B. die Verfügungen welche die Rechte der Ehegatten ordnen, oder diejenigen, welche das Alter der Großjährigkeit festsetzen, oder die, welche den Pflichttheil bestimmen eine Abänderung gemacht, so wird gefragt: ob sie auf diejenigen, welche schon geheirathet sind, oder welchen schon die Hoffnung entstanden ist in einem gewissen Alter großjährig zu werden,

Iste Anmerkung. Die Erwartung ein Recht zu erwerben ist um so schwächer, als die wirkliche Erlangung desselben von einer entfernten oder ungewissen Begebenheit abhängig ist. Folglich wird der Nachtheil, der aus der Zerstörung einer bloßen Fähigkeit (aptitude) entsteht, welcher in keinem Falle so groß als der Verlust eines wirklichen Rechtes ist, (droit effectiv) — das heißt, eines Rechtes, was gegenwärtig reelle Vortheile bringt —; um so geringer seyn, als

(2)

oder welche gehofft haben, daß ihnen ein gewisser Theil des Vermögens ihres Vaters gesichert sey, anwendbar sey. — —

Man sieht hieraus, daß unser Versuch bloß eine Einleitung zu einer grössern Arbeit ist, wie das Werk des Hrn. *Chabot sur les questions transitoires du Code Napoleon*, welches Werk sich besonders und vor allem mit den verschiedenen Berührungspunkten zwischen dem neuen und alten Rechte beschäftigt; was aber im Gegentheil nicht zu unserm Plan gehörte.

die zum Uebergange der Fähigkeit in ein wirkliches Recht nöthigen Begebenheiten, schwerer, seltener oder ungewisser sind.

2te Anmerkung. Die Erwartung ein fortwährendes Recht (*droit continu*) ferner zu geniessen, welches man schon unwiderruflich erworben, und vielleicht auszuüben schon angefangen hat, ist wichtiger als jene, von einem vorübergehenden (*droit éphémère*) Nutzen zu ziehen. Sie verdient überdißs mehr oder minder Rücksicht, je nachdem die Natur des in Frage stehenden fortwährenden Rechtes ist.

Es gibt Rechte, welche beinahe ihren ganzen Werth durch die Gewissheit ihrer Dauer erhalten; die Vortheile, welche sie gegenwärtig verschaffen, stehen mit der früherhin gehegten Hoffnung sie heute auszuüben und mit jener, die Ausübung derselben für die Zukunft fortzusetzen im Verhältniß; so

ist nothwendig das Recht des ausschließlichen Eigenthums (propriété intégrale) und überhaupt alle fortwährende Rechte, welche sich auf die dem Eigenthume der Privatleute unterworfenen Sachen beziehen, beschaffen.

Die allmählichen Vorthteile (avantages successifs) welche aus andern Rechten entstehen, sind im Gegentheile unabhängiger von einander und der Vorthteil den diese Rechte gegenwärtig darbieten können, wird weder durch die Hoffnung erhöht, welche man vormals hatte, solche in der Folge auszuüben, noch durch die gegenwärtigen dieselben noch künftig zu geniessen.

3te Anmerkung. Ein Recht, welches es auch sey, verdient mehr Rücksicht wenn es in einer Uebereinkunft seinen Ursprung hat, als wenn es aus jeder andern Rechteröff-

nenden Begebenheit entstanden ist. — Ursache. Vernichtet man in den Wirkungen der Verträge das Zutrauen der Bürger, dann wird der Schwung der Industrie gehemmt, alle jene nützlichen Uebereinkünfte, welche der Willkühr der Privatpersonen überlassen bleiben müssen, werden vereitelt.

4te Anmerkung. Die Beschränkungen gewisser Rechte werden weniger die bestehenden Erwartungen kränken, wenn dadurch dem Staatszwecke ein nothwendiges Opfer gebracht wird, als wenn sie eine Begünstigung anderer Privatpersonen bezweckten; (jeder konnte ja erwarten, daß er zu der Vertheidigung und Erhaltung seines Vaterlandes beizutragen habe) und überhaupt wird eine schon vorhandene Erwartung um so leichter aufzuheben seyn, je mehr die Neuerung durch welche sie zerstört wird gemeinnützig erscheint, und je mehr sie mit den

gewöhnlich angenommenen Begriffen übereinstimmt.

5te Anmerkung. Der Nachtheil welcher aus geänderten Wirkungen einer schon vorgegangenen Begebenheit entsteht ist um so grösser: Ists. Je grösser die Zahl der Begebenheiten ist, die sich auf jene stützen; wird die Erste für nichtig erklärt, dann hat dieses eine Menge getäuschter Hoffnungen, eine Reihe von Prozessen zur Folge. Dieser Fall wird so oft eintreten, als die unter dem alten Rechte vorgegangene Begebenheit, die man in der Folge als nichtig erklären will die Quelle eines übertragbaren Rechts (*droit transmissible*) war, oder die Rechtsfähigkeit eines Individuums begründete, worauf sich der Besitzer derselben, bei seinen Verträgen, Veräusserungen und Erwartungen stützen konnte. 2sts. Als das benommene Recht oder der beschränkte Zustand

in sich selbst schon wichtiger und umfassender ist.

6te Anmerkung. Die vermöge eines dunklen Gesetzes entstandene Erwartung ist gewöhnlich schwach, und durch widersprechende Erwartungen bestritten. Von geringerem Gewichte ist die Erwartung, welche allein auf dem Stillschweigen des Gesetzgebers ruhet als jene, die sich auf eine ausdrückliche Verfügung desselben stützt.

Geleitet durch die vorhergehenden Anmerkungen wollen wir jetzt zu der Anwendung des Grundsatzes übergehen; und um diese faßlicher darzustellen sollen die Materien des Privatrechtes in einige zwölf Haupt-Abschnitte abgetheilt werden.

Dieses Recht beschäftigt sich mit der **Bestimmung** :

1stens Der Umstände, durch welche man die Eigenschaft eines Franzosen erwirbt und der zum Genusse dieses Vorzuges erforderlichen Beweise.

2stens. Der wirklichen Rechte, oder einfachen mit dieser Eigenschaft wesentlich verbundenen Rechtsfähigkeiten (6.) so wie der Lasten welche daraus entspringen und der Begebenheiten welche selbige aufheben können.

3stens Des Zustandes eines Fremden, und desjenigen eines bürgerlich - Todten ;

6.) Ich sage wesentlich, nicht ausschliesslich damit verbundene ; denn diese Rechte oder Fähigkeiten können auch andern Eigenschaften angehören ; ich wollte nur ausdrücken, dass hier von Wirkungen, welche die Eigenschaft eines Franzosen stets und ausschliesslich zur Folge hat, die Rede sey.

4tens Der Fälle in welchen der Franzose als unfähig angesehen wird seine Rechte auszuüben und der zur Vertheidigung seiner Person, und zur Erhaltung seines Vermögens angenommenen Mafsregeln. (7.)

5tens Der Natur der Begebenheiten welche die Quelle der häuflichen Verhältnisse, wie jene des Vaters, des

7.) Bei dieser Abtheilung haben wir nicht die blos gesetzlichen Unfähigkeiten mit aufgenommen, wie jene der verheiratheten Frau, und den Zustand der Interdiction, worin derjenige, welcher wegen des Nichterscheinens verurtheilt ist und der zu einer entehrenden Strafe Verurtheilte, die den bürgerlichen Tod nicht zur Folge hat sich befinden. Diese Arten von Unfähigkeit sind Neben-Wirkungen einer Begebenheit, welche vermöge ihrer Natur zu einer andern Abtheilung gehört. In dieser Abtheilung werden zugleich alle mit dergleichen Begebenheiten verbundenen Haupt- und Neben-Wirkungen untersucht werden.

Ehegatten, des ehelichen Kindes, des natürlichen Kindes seyn können; der erforderlichen Bedingungen diese Begebenheit wirksam zu machen und der nöthigen Umstände, den Beweis derselben zu liefern.

6tens Der mit den Verhältnissen des häuslichen Zustandes verknüpften Vortheile, das heist, der wirklichen Rechte und Verbindlichkeiten oder der einfachen Rechtsfähigkeiten, welche aus den Begebenheiten die uns die Eigenschaft eines Vaters, eines Ehegatten etc. verschaffen, hervorgehen und der Umstände oder rechtentziehenden Begebenheiten (*Evénemens divestitifs.*) welche diese aufheben können.

7tens. Der zufälligen Begebenheiten oder der erlaubten Handlungen, welche

zwischen Privatpersonen die Grundverhältnisse (*rappports primaires*) des Eigentümers, des Nießbrauchers, des Gesellschafters, des Erwerbers, des Gläubigers einer gewissen Sache oder einer Summe Geldes begründen, der zu der Gültigkeit dieser Begebenheiten nöthigen Bedingungen und der zum Beweise derselben erforderlichen Umstände.

8tens. Des Umfangs der aus diesen Begebenheiten hervorgehenden Rechte und Verbindlichkeiten, der Grenzen welche denselben vermöge ihrer eigenen Natur angewiesen sind, der Einschränkungen, welche sie durch die nachfolgenden, unvorhergesehenen oder wenigstens ungewissen und der Natur des Rechts selbst fremden Umständen leiden, der Verpflichtungen deren Veranlassung sie seyn kön-

nen — Verpflichtungen, welche *Bentham* *obligations adjectives* nennt, — und der Begebenheiten die selbige gänzlich zerstören können.

9tens. Der Wirkungen der gesetzwidrigen Handlungen; das heißt: der Rechte und Verbindlichkeiten welche selbige zur Folge haben und die für die Aufrechthaltung der übrigen Rechte und Verbindlichkeiten Bürge sind, deren Wirkung sichern, den Verletzungen derselben vorbeugen und den durch die Nicht-Erfüllung derselben veranlassten Schaden ersetzen.

10tens. Der Einschränkungen, welchen die sichernden Rechte (*droits sanctionateurs*) unterworfen sind; der bei der Ausübung dieser Rechte oder selbst bei der Ausübung der gesicherten

Rechte (droits sanctionnés) zu befolgenden Formen.

11 tens. Endlich der Begebenheit, welche, indem sie uns die sichernden Rechte benimmt, zu gleicher Zeit die gesicherten Rechte aufhören macht oder wenigstens die den erstern gegenüberstehende Verbindlichkeit in eine einfache sittliche Pflicht umschafft; wir meinen die Verjährung.

Wir wollen es jetzt versuchen auf diese verschiedenen Materien des Privatrechts das oben von uns begründete Prinzip und die als Anleitung dazu ausgestellten Anmerkungen, anzuwenden,

Erstens. Schwerlich sind hinreichende Gründe denkbar, um jemanden die Vortheile einer unter dem alten Rechte eingetretenen Begebenheit zu entziehen,

wenn diesem Rechte gemäß ihm dazu die Hoffnung entstanden und die Eigenschaft eines Franzosen damit verbunden war. Dafs dergleichen Begebenheiten für die Zukunft nicht mehr dieselbe Kraft haben sollen, das läfst sich festsetzen; zu viele Hoffnungen würde man aber kränken, zu viele wichtige Erwartungen würde man zerstören, wenn man einer schon vorgegangenen Begebenheit dieser Art die Wirkungen, die selbige sonst gehabt haben würde, nicht gestatten wollte. Ein so wichtiger und vielseitiger Zustand, wie jener eines Franzosen, ist die Grundlage einer zu grofsen Menge von Hoffnungen, nicht allein von der Seite desjenigen welcher ihn erhalten sollte, sondern auch von der Seite derjenigen, welche mit ihm in Verhältnissen standen;

wie seine Ehegattin, seine Familie, seine Gläubiger etc.

Soll die alte Begebenheit ihre Wirkung beibehalten, so darf von derselben kein anderer Beweis verlangt werden als jener, welchen das alte Gesetz vorschrieben hatte; denn sonst würde man auf eine indirekte Weise die Resultate der Begebenheit aufheben.

Es ist möglich daß die Eigenschaft eines Franzosen von einer zusammengesetzten Begebenheit abhängig gewesen, und daß nur ein Theil derselben vor der Einführung des neuen Gesetzes zur Wirklichkeit gekommen sey: dann ist es wohl allgemeiner Grundsatz der initiativen Begebenheit (*événement initiatif.*) die Folgen zu geben welche selbige auch sonst gehabt haben würde; das heißt: in Rück-

sicht dieser ersten Begebenheit die Ungewissheit, ob selbige durch das Eintreten der ergänzenden Begebenheit, (*événement complémentaire*) wirksam werden wird, bestehen zu lassen; doch kann dieser Grundsatz desto leichter andern Beweggründen weichen, je grösser die Ungewissheit ist ob diese letzte Begebenheit eintreten werde und je schwächer folglich die auf die erste Begebenheit gegründete Hoffnung seyn wird.

Zweitens. Wenn das neue Gesetz die mit der Eigenschaft eines Franzosen verbundenen Rechte und Verbindlichkeiten festsetzt, wenn es die Begebenheiten bestimmt, durch welche man diese Eigenschaft verliert, so muß dasselbe eben sowohl auf diejenigen, welche ihre Eigenschaft unter dem alten Rechte erwor-

ben haben , als auf diejenigen die dieselben in der Folge erwerben werden , Anwendung finden. In der That kann man nichts mehr , als eine gleiche Zutheilung der Rechte und Verbindlichkeiten verlangen. — Was allen gemein ist , ist niemand zu verletzen im Stande. Als man Franzose wurde konnte man die Hoffnung hegen , die Vortheile zu geniessen und die Lasten zu tragen , welche der Gesetzgeber auszutheilen für gut finden würde. Es wäre überdieß eine wahre Ungereimtheit , behaupten zu wollen , der Gesetzgeber habe nur die Gewalt das Schicksal der künftigen Generation zu ändern , indem er doch nur der Bevollmächtigte der gegenwärtigen ist. Wenn daher von allgemeinen Lasten , welche ohne Unterschied alle treffen , die Rede

ist, dann muß das neue Gesetz unmittelbar in Wirkung treten. Dieses ist der Fall bei einem Gesetze welches die mit der Eigenschaft eines Franzosen verbundenen wesentlichen Verhältnisse (Rapports essentiels.) bestimmt, das heißt die wirklichen Rechte und Verbindlichkeiten, welche eine unmittelbare Folge dieser Eigenschaft sind, oder die daraus entspringende Rechtsfähigkeit neue Rechte zu erwerben und neue Verbindlichkeiten sich aufzulegen. Diese sind allgemeine Verhältnisse, und wenn ein neues Gesetz selbige modifizirt, so gewinnt jeder von einer Seite als Verpflichteter, was er von der andern als Berechtigter verliert. Da nun das Gesetz, bei jeder Einrichtung dieser Art, die größte

Wohlfarth der natürlichen Unterthanen des Staats beabsichtigt, so ist zu vermuthen, daß alle ein gleiches Interesse an der unmittelbaren Wirkung des Gesetzes haben. Ueberdieß sind die wesentlichen Rechte (*droits essentiels.*) überhaupt von der Art, daß die Hoffnung solche künftig zu geniessen nicht gerade den Vortheil erhöht, welche sie in dem gegenwärtigen Augenblick darbieten. Ein grosser Theil dieser Rechte besteht aus Erwerbsfähigkeiten (*aptitudes à acquérir.*) welche da sie keinen reellen Vortheil darbieten, ohne grossen Nachtheil entzogen werden können, wenn uns nur sonst die Ueberzeugung bleibt, das Gesetz fahre fort uns wie die Begünstigten seiner Unterthanen zu behandeln.

In Rücksicht der Begebenheiten, wel-

che den Verlust der Eigenschaft eines Franzosen nach sich ziehen, ist es offenbar daß das neue Gesetz die Wirkungen jener welche sich vor der Verkündigung ereigneten, nicht bestimmen kann, und zwar aus denselben Gründen welche uns zu entscheiden bewogen, daß die unter dem alten Gesetze eingetretenen Rechts-eröffnenden Begebenheiten (*événemens investitifs*.) diesem Gesetze gemäß ihre Wirkung haben sollten. Die künftigen Begebenheiten hingegen müssen nach dem neuen Gesetze ihre Wirkung äussern, selbst in Rücksicht des Franzosen, welcher vor diesem Gesetze diese Eigenschaft erworben hat. Keiner konnte ja hoffen die ihm vom Gesetze gestatteten Vortheile selbst dann beizubehalten, wenn er sich

in einer Lage befände, mit welcher der Gesetzgeber den Verlust jener Vortheile zu verbinden zweckmässig gehalten hat. Ueberdies, da die Kraft dieser Begebenheiten zum voraus bekannt ist, so richten sich die Privat-Erwartungen darnach, und wenn selbige sich ereignen, so äussern sie ihre nachtheilige Wirkung ohne das Zutrauen des Privatmannes zu den Verheissungen des Gesetzes zu mindern.

Drittens. Der Zustand der Fremden und jener der mit dem bürgerlichen Todt bestraften, werden von verschiedenen Rechts-Grundsätzen beherrscht; das Gesetz beschäftigt sich mit ihnen nur in Rücksicht auf seine natürlichen Unterthanen; ihr Zustand kann also so bald als der Vortheil der letzten es erfordert abgeändert werden.

Aber der bürgerliche Tod ist eine accessorische Strafe; diese für diejenigen, welche sich derselben schon pflichtig gemacht haben zu vergrößern, bleibt immer ein unverdientes Uebel; es sey denn daß diese Vergrößerung der Strafe (aggravation) eine nothwendige Bedingung zur Versicherung der Vollziehung derselben sey, dann ist das neue Gesetz ohne Aufschub in Anwendung zu bringen. Denn das Interesse der natürlichen Unterthanen fordert es daß die Bestrafung der Verbrechen unausbleiblich sey und nebst dem ist das Gesetz der unerlaubten Hoffnung des Verbrechers, sich vermöge der zu gelinden peinlichen Gesetze, der Strafe welche ihn trifft zu entziehen, nicht die mindeste Rücksicht schuldig —. Und umgekehrt mildert das neue Gesetz das Schick-

sal der Verurtheilten, so muß selbiges auf der Stelle in Wirkung treten; denn in diesem Falle hat der Gesetzgeber zu erkennen gegeben, daß die grössere Strafe des alten Rechts sich nicht hinreichend gerechtfertigt habe.

Wenn das neue Gesetz den Zustand der Fremden verschlimmert, so kann es oftmals nöthig werden von der Anwendung desselben einige Individuen auszunehmen, nicht zur besondern Begünstigung dieser Individuen selbst, sondern zum Vortheil des Handels, das heisst: zum besten der natürlichen Unterthanen des Staates. Dieses findet statt, wenn die Anwendung des Gesetzes auf Fremde, welche unter dem alten Rechte in Frankreich oder mit Franzosen Handels-Verhältnisse eingegangen sind, ihnen ein

Mifstrauen einflöste, wodurch sie Frankreich zu besuchen und mit ihm zu handeln abgehalten würden. Diesen Fall ausgenommen, hat der Gesetzgeber auf keine einem Fremden entstandene Hoffnung Rücksicht zu nehmen.

Verbessert das neue Gesetz ihren Zustand, ohne den natürlichen Unterthanen zu schaden, so ist es offenbar, daß der Vortheil aller es fordert den Fremden ohne Aufschub die Wohlthat der neuen Gesetzgebung zu verschaffen.

Viertens. Die Gesetze welche die Umstände bestimmen, in welchen eine Person unfähig ist ihre Rechte selbst zu verwalten oder die andern Personen aufgelegten Verbindlichkeiten zu erfüllen (z.B. Im Falle der Minderjährigkeit, der Abwesenheit oder der Verstandes Schwäche.)

und jene, die zum Vortheile der Unfähigen erhaltende Mafsregeln begründen, müssen unmittelbar in Wirkung treten. Derjenige also, der vermöge des alten Rechtes aufgehört hatte als ein Minderjähriger betrachtet zu werden, wird vom neuen als ein solcher behandelt, wenn das neue Gesetz den Zeitpunkt der Großjährigkeit zurückgeschoben und er das in diesem Gesetze bestimmte Alter noch nicht erreicht hat. Sollte er jedoch, vor der Einführung des neuen Gesetzes, bürgerliche Rechtshandlungen eingegangen haben, welche ihm dieses Gesetz nicht mehr erlaubt, so müssen diese Handlungen in Rücksicht ihrer Gültigkeit nach dem alten Rechte beurtheilt werden; die Vollziehung derselben bleibt aber den für die Erfüllung der dem Unfähigen aufgelegten Verbind-

lichkeiten vorgeschriebenen Regeln unterworfen.

Die Verwaltung der dem Unfähigen zugehörenden Gütern, welche unter dem alten Gesetze ihren Anfang genommen hat, modifizirt sich nach den Vorschriften des neuen Rechtes, und von der Verkündigung desselben an zu rechnen.

Die Personen welchen an den Gütern eines Unfähigen, zur Entschädigung ihrer Sorge für ihn, ein Recht zustehet, verlieren dieses Recht in dem Augenblicke, wo dem neuen Gesetze gemäß die Unfähigkeit aufhört, wäre dieß auch vor dem im alten Rechte bestimmten Zeitpunkte. Der jetzt fähig gewordene kann nicht mehr in seiner vormaligen Abhängigkeit bleiben; er muß also in die freie Verwaltung seines Vermögens eingesetzt

werden. Diejenigen welche den Genuß der obigen Rechte hatten, konnten nicht erwarten daß der Gesetzgeber Individuen als unfähig behandeln würde, nachdem selbige aufgehört haben es wirklich zu seyn, damit ihre Vormünder Rechte, die sie nur als Entschädigung genossen, noch ferner beibehalten möchten.— Jedes Recht, welches auf die Belohnung einer durch das Gesetz aufgelegten Sorge gegründet ist, hört auf, wenn diese Sorge selbst nicht mehr für nöthig gehalten wird.

Fünftens. Nach dem Zustande eines Franzosen, ist derjenige eines ehelichen Kindes, eines Ehegatten und eines Vaters der wichtigste. Es ist beinahe unmöglich daß die mit der Abänderung des alten Rechtes, welches die Zustände aus verschiedenen Begeben-

heiten hervorgehen liesse, verknüpften Vortheile hinreichend seyen den Nachtheil zu überwiegen, diesen Zustand jemanden zu entziehen, welcher darauf bauete denselben vermöge des alten Gesetzes erworben zu haben. Dergleichen Vortheile könnten wohl die Neuierung in so fern rechtfertigen, als selbige für die Zukunft die Recht-eröffnende Kraft (force investitif.) solcher Begebenheiten aufhöbe, nicht aber in so fern dadurch schon eingetretene Begebenheiten unwirksam gemacht würden.

Diese Eigenschaften sind die Grundlage einer zu grossen Menge von Rechtsgeschäften; sie betreffen zu viele Personen und haben zu grossen Einfluß auf den Zustand der Individuen, als dafs man ohne Gefahr die Hoffnung, welche das

alte Gesetz in Rücksicht ihrer Erwerbung begründet hat, täuschen dürfte.

Sechstens. Aber auch dann wenn der Gesetzgeber jedem denjenigen häuslichen Zustand sichert, welchen er vermöge des alten Rechtes erhalten hat oder zu erwarten hatte, so können doch die neuen Gesetze die daraus entspringenden Rechte und Verbindlichkeiten modifiziren, wenn dieses nur ohne Unterschied in Ansehung aller geschieht.

Es ist in der That offenbar, daß bei dieser Gattung Zustände, wo das Glück einer Parthey von demjenigen der andern abhängig ist, wo die Verbindlichkeiten eines jeden mittelbar zu seinem eigenen Vortheile eingeführt sind, alle auf gleiche Weise die unmittelbare Anwendung des neuen Gesetzes wünschen müssen, von

welchem man vermuthen muß daß es die Verhältnisse dieser Zustände besser bestimmt habe.

Vielleicht passen diese Betrachtungen nicht so gut auf die Verhältnisse der Erbfähigkeit auf die Verbindlichkeit Alimente zu geben und auf die Eheverbote, als auf die übrigen häuslichen Verhältnisse. Doch sind, vermöge ihrer Natur selbst, das Recht zu erben, Alimente zu geniessen, diese oder jene Person zu heirathen, nur einfache, günstige Zufälle (*chances favorables.*), Sie bestehen bis dahin auf keine Weise in einem wirklichen Rechte und bieten keinen gewissen Erfolg dar; ohne sehr wichtige Erwartungen zu kränken, und besonders ohne frühere Rechtsgeschäfte zu zerstören, können selbige daher abgeän-

dert werden. Wohl verstanden jedoch, daß alle Verhältnisse dieser Art, welche vor dem alten Gesetze in Wirklichkeit getreten sind, also jede eröffnete Erbschaft, jede zuerkannte Alimentation, jede gültig eingegangene Heirath, gemäß den in diesem Versuche aufgestellten Grundsätzen, aufrecht erhalten werden müssen, so wie die Natur der Vorgegangenen Handlung, oder des wirklichen Rechtes, welches sich eröffnet hatte, es erfordert.

Unter den Elementen welche einen häuslichen Zustand begründen, befindet sich das zufällige Aufhören derselben in Folge gewisser Begebenheiten. Z. B. Die Auflösung der Heirath durch die Ehescheidung, die Beendigung der natürlichen Gewalt durch die Emancipation, etc. Da diese Auflösungs-Ursachen weder eine blo-

se Folge der Handlung sind, die diese Verhältnisse gründete, noch ein bloßes Resultat ihrer Natur; da selbige im Gegentheil zufällige und ungewisse Begebenheiten darstellen, so kann das neue Gesetz, wenn es entscheidet daß dergleichen Begebenheiten nicht mehr die vormaligen Wirkungen haben sollen, selbst auf alle unter dem alten Rechte geknüpften häuslichen Verhältnisse angewendet werden; denn keiner konnte sich schmeicheln den Genuß der mit einem gewissen Zustande verbundenen Vortheile auch dann beizubehalten, wenn eingetretene Umstände zur Modifizirung dieses Zustandes den Gesetzgeber bewegen würden.

Es ist eine Folge dieses Grundsatzes, welche den unter Gesetzen, die die Auflösung der Ehe nicht zulassen, geheira-

theten Eheleuten die Ehescheidung gestattet, und umgekehrt. So müßte man aber nicht entscheiden, wenn die Ehescheidung nur eine rechtliche Wirkung des Vertrags wäre, wenn das Recht auf die Ehescheidung bloß als eine Auslegung des Ehevertrags bestände, wenn es der Willkühr der Kontrahenten überlassen gewesen wäre, die Wirkungen ihrer Verbindung andern Normen zu unterwerfen; denn wenn das Gesetz über die Ehescheidung nur eine auslegende Verfügung eines Punktes wäre, welchen die Kontrahenten nach ihrem Gutdünken bestimmen könnten, so ist es offenbar, daß das neue Gesetz, welches den Willen der Kontrahenten auf eine von dem alten Gesetze abweichende Weise auslegt, nur auf die nach Einführung des erstern geschlossenen Ehen anwendbar seyn könnte.

Siebentens. Jede erlaubte oder zufällige Handlung, welche unter dem alten Rechte in gewissen Fällen die Eigenschaft einer Rechteröffnenden Begebenheit hatte, ist unter der Herrschaft des neuen Gesetzes nach den in dem Augenblicke, in welchem selbige sich ereignete, bestehenden Normen zu beurtheilen; die zu derselben Gültigkeit nöthigen Bedingungen und die Umstände welche den Beweis derselben verschaffen, sind also diejenigen, welche das alte Recht forderte. Durch jede andere Entscheidung der Sache würde man die Betriebsamkeit der Bürger lähmen, jede Handelsspekulation vernichten und jede Entwicklung der Industrie verhindern.

Benimmt aber das neue Gesetz denselben Handlungen ihre Rechteröffnende

Eigenschaft (*propriété investitif.*) so ist es offenbar, daß man diejenigen, welche sich nach der Verkündigung dieses Gesetzes ereignen, nicht mehr wie vormals zu seinem Vortheile anführen kann. Durch die **Aufhebung** der Fähigkeit vermöge dieser **Begebenheiten** zu erwerben modifizirt das Gesetz nur die **Wesentlichen** und **Grund-Verhältnisse** (*rappports essentiels et primitives.*) und wir haben gesehen daß diese Verhältnisse zum natürlichen Gebiete des Gesetzgebers gehören, und daß er in selbigen Aenderungen vornehmen könne, ohne dem Zutrauen, welches Gesetze einflößen müssen, zu nahe zu treten.

Achtens. Die Wirkung derselben erlaubt oder zufälligen Handlungen (der Versprechen, Verfügungen, Verträge,

Quasi-Kontrakte etc.) müssen nach dem Gesetze beurtheilt werden unter welchem sie geschlossen wurden.

Es ist wichtig mit den wahren Wirkungen dieser verschiedenen Begebenheiten nicht gewisse Rechte und Verbindlichkeiten zu verwechseln, welche gewöhnlich zu den Folgen des Vertrags gerechnet werden. In unserm Gesetzbuche und bei den Schriftstellern finden sich die Verfügungen, welche sowohl diese als jene betreffen, vielleicht unrichtig, in besondern für die genannten entweder aus Verträgen oder aus Rechteröffnenden Begebenheiten entstehenden Verhältnisse bestimmten Titeln vereinigt und vermischt. (Siehe den größten Theil des 3ten Buches des Gesetzbuchs.)

Die Verfügungen der ersten Art, auf

welche der oben aufgestellte Grundsatz ausschliesslich anwendbar ist, sind blose Auslegungen des Willens der Privatpersonen; sie geben zu erkennen welche Absicht man bei den kontrahirenden Partheien voraussetzen müsse, wenn selbige diesen oder jenen Kontrakt eingehen zu wollen erklärt oder sie sich dieses oder jenes Ausdrucks bedient haben. Der Zweck dieser Verfügungen ist: den Richtern die Auslegung zu erleichtern und der Willkühr bey dem Gebrauche derselben vorzubeugen; nebst dem sind sie da, den Schaden zu vertheilen, wenn die kontrahirenden Partheien sich entgegenlauffende Absichten behaupten und wenn in der That der beiderseitige Wille, ungeachtet der anscheinlichen, in dem Vortrage enthaltenen Uebereinkunft, nicht übereinstim-

mend gewesen zu seyn scheint oder wenn die gemeinschaftliche Absicht wenigstens ungewiss ist: in diesen Fällen muß man sich wohl entschliessen auf den Grund gewisser zu vermuthender Absichten den Vertrag zu vollziehen, wenn man ihn nicht lieber für ganz nichtig erklären will; welche Maßregel aber oft sehr bedeutende Nachteile nach sich ziehen würde.

Wenn ein neues Gesetz für gewisse Handlungen eine verschiedene Auslegung annimmt, das heißt: wenn es in Rücksicht des Willens der einzelnen andere Vermuthungen begründet, so ist es offenbar, daß dieses Gesetz auf die vor seiner Verkündigung vorgenommenen Handlungen nicht angewendet werden kann; nicht darum, weil die vom alten Gesetze angenommene Auslegung, selbst in Rücksicht

der unter seiner Herrschaft vorgegangenen Handlungen nicht unrichtig seyn könnte: sondern weil dieses Gesetz alsdann, und zwar zu spät, über die Hoffnungen der kontrahirenden Partheien bestimmt.

Wenn eine derselben sich auf eine neue Verfügung stützen wollte, ohne doch zu beweisen daß das alte Gesetz ihrem Willen eine unrichtige Auslegung gegeben habe, wie würde wohl eine solche Klage aufgenommen werden, da das Stillschweigen desselben unter dem alten Rechte vermuthen läßt: dieses Gesetz habe seine Absicht deutlich erklärt, da dieses Stillschweigen überdiß mit jedem Tage die gerechten Erwartungen der andern Parthei bestärkt hat? Wollte man willkührlich die Wirkungen der Privat-Verfügungen ändern, so wäre die Befugniss Verträge

zu schliessen nur als eine Schlinge anzusehen; der Spielraum der Spekulationen würde geschlossen und bald jede Betrieb- samkeit erstorben seyn. Welche Gründe lassen sich aber anführen um so grosse Nachtheile zu rechtfertigen? — Kein einziger! denn jede neue Auslegung kann gegen die alte keinen andern Vorthail darbieten als denjenigen den Willen der Partheien besser zu erklären; und in diesem Falle vermuthet man, daß beide durch ihr Stillschweigen die Richtigkeit der durch das Gesetz angenommenen Vermuthungen stillschweigend anerkannt habe.

Wäre aber selbst einer der Kontrahenten zu beweisen im Stande, daß das alte Gesetz seine Absicht unrichtig erklärt; — Wie! wenn aber der Irrthum nicht geeignet ist die Nichtigkeit des Ver-

der unter seiner Herrschaft vorgegangenen Handlungen nicht unrichtig seyn könnte: sondern weil dieses Gesetz alsdann, und zwar zu spät, über die Hoffnungen der kontrahirenden Partheien bestimmt.

Wenn eine derselben sich auf eine neue Verfügung stützen wollte, ohne doch zu beweisen daß das alte Gesetz ihrem Willen eine unrichtige Auslegung gegeben habe, wie würde wohl eine solche Klage aufgenommen werden, da das Stillschweigen desselben unter dem alten Rechte vermuthen läßt: dieses Gesetz habe seine Absicht deutlich erklärt, da dieses Stillschweigen überdieß mit jedem Tage die gerechten Erwartungen der andern Parthei bestärkt hat? Wollte man willkührlich die Wirkungen der Privat-Verfügungen ändern, so wäre die Befugniss Verträge

zu schliessen nur als eine Schlinge anzusehen; der Spielraum der Spekulationen würde geschlossen und bald jede Betriebbarkeit erstorben seyn. Welche Gründe lassen sich aber anführen um so grosse Nachtheile zu rechtfertigen? — Kein einziger! denn jede neue Auslegung kann gegen die alte keinen andern Vortheil darbieten als denjenigen den Willen der Partheien besser zu erklären; und in diesem Falle vermuthet man, daß beide durch ihr Stillschweigen die Richtigkeit der durch das Gesetz angenommenen Vermuthungen stillschweigend anerkannt habe.

Wäre aber selbst einer der Kontrahenten zu beweisen im Stande, daß das alte Gesetz seine Absicht unrichtig erklärt; — Wie! wenn aber der Irrthum nicht geeignet ist die Nichtigkeit des Ver-

trags nach sich zu ziehen und wenn die andere Parthey sowohl, als die erstere, auf ihren guten Glauben sich stützend das alte Gesetz vorausgesetzt zu haben und demselben gefolgt zu seyn behauptet? Wird man, in die Nothwendigkeit versetzt, eine Parthei der andern vorzuziehen, eine von dem Gesetze selbst anerkannte Erwartung aufopfern, auf welche sich eine Menge anderer Hoffnungen aller derjenigen gegründet hat, die die beiderseitige Lage der Partheien nach dem alten Rechte beurtheilten; wird man, sage ich, diese feierliche Erwartung aufopfern, um eine Erwartung wieder aufleben zu lassen die, kaum entstanden, wieder dahin schwindet und welche die Unwissenheit des Gesetzes allein rechtfertigen kann? Wie! soll diese Unwissenheit zum Nachtheile der gegrün-

detsten, folgenreichsten und ehrwürdigsten Hoffnungen belohnt werden?

Die vorstehenden Bemerkungen passen nicht so ganz auf die Wirkungen der Quasi-Contracte, und noch weniger auf jene der zufälligen Begebenheiten. Vielleicht führen andere Betrachtungen über diesen Gegenstand auf dasselbe Resultat. Ist es nicht einleuchtend, daß, wenn in einem Quasi-Contract, wie die freiwillige Besorgung der Geschäfte eines andern, die mit diesem Freundschaftsdienste verknüpften Wirkungen zerstört werden, man den Abwesenden jede Hülfe entzieht, welche man ihnen zu leisten geneigt seyn könnte. Ist von einer minder willkührlichen oder von einer ganz zufälligen Begebenheit die Rede, so sind die Wirkungen derselben, wenn

sie unter dem alten Rechte eingetreten ist, von diesem Augenblicke an berechnet, erwartet und auf diese gehofft worden. Gewöhnlich bestehen diese Wirkungen in einem Rechte auf Schadenersatz, in einem in Beziehung auf Sachen übertragbaren Rechte; und wir haben gesehen, wie sehr diese Gattung von Rechten Aufmerksamkeit und Rücksicht verdienen.

Ist von einer zusammengesetzten Begebenheit die Rede, welche nur theilweise unter dem alten Gesetze in Wirklichkeit getreten ist, so müssen wir auf die schon oben gemachte Bemerkung hinweisen. Es ist möglich, daß das neue Gesetz die Folgen welche das alte Gesetz mit dieser Art von Begehenheiten verband, als schädlich ansieht; in diesem Falle wird man mit desto wenigerem Anstande der

iniativen Begebenheit ihre Wirkung benehmen können, je ungewisser die erfüllende Begebenheit seyn wird, je unbedeutender die Wirkungen sind, welche vernichtet werden sollen und je weniger Erwartungen sich auf jene des ersten Be-theiligten gründen oder daraus entsprungen seyn werden, um so eher kann man die erfüllende Begebenheit modifiziren und solche erschweren. (Siehe die in Rücksicht der Wechsel entstandene Frage über den Protest, betrachtet als eine Rechteröffnende, erfüllende Begebenheit in Beziehung auf das Recht der Schadloshaltung gegen den Trassanten und die Indossenten.)

Die Rechte und Verbindlichkeiten, welche den Gegenstand der zweiten Gattung von den die Kontrakte und Quasi-Contracte betreffenden Verfügungen aus-

machen, hängen weniger mit diesen Begebenheiten selbst zusammen, als mit Neben-Begebenheiten, welche als Folge der Umstände, worinn die ersten die Partheien versetzt haben eingetreten sind; sie sind minder ein Resultat derselben als sie durch ein in der Folge entstandenes Verhältniß bestimmt werden. Diese sind es, die *Bentham obligations adjectices* nennt und zu welchen z. B. gehören, die Verbindlichkeit der Gewährleistung bei Theilungen, diejenige, sich einen Pachtnachlaß im Falle des gänzlichen Verlustes der Früchte gefallen zu lassen, den Verlust der Sache zu tragen, wenn man in Verzug war dieselbe zu überliefern, die Verbindlichkeit Gelder, welche an die Stelle einer Sache treten, wieder anzulegen. (8.)

8.) Zu den Wirkungen wovon hier die Rede

Da bei Wirkungen dieser Art, niemand sich Erwartungen gemacht hat, weil die Neben-Begebenheiten von welchen sie abhängen ungewiss und beinahe immer unerwartet sind; da der Gesetzgeber in den diese Wirkungen betreffenden Verfügungen weniger die Folgen des Vertrags, als diejenigen gewisser neuer Begebenheiten in Beziehung auf die Lage, worinn die Partheien sich durch den Vertrag versetzt finden, bestimmt hat; so müssen die neuen Gesetze in Rücksicht aller Fragen welche eine nach ihrer Verkündigung eingetretenen Begebenheit dieser Art voraus-

ist, muß man nicht die Widerrufung einer Schenkung wegen nachher gebohrner Kinder rechnen, weil in diesem Falle nur eine Beschränkung der Befugniss zu schenken und eine Auslegung des Willens des Schenkers vorhanden ist; wohl aber gehört hierher die Widerrufung wegen Undank.

setzen , selbst auf die unter dem alten Rechte eingegangenen Verhältnisse Anwendung finden. In dieser Materie hat der Gesetzgeber nur die Absicht Schäden , welche gewisse Umstände nach sich ziehen , auf die am mindesten nachtheilige Weise zu vertheilen.

Neuntens. Ist von gesetzwidrigen Handlungen (Verbrechen , quasi delict: oder bloßer Fahrlässigkeit) die Rede , so ist zu unterscheiden , ob die zu untersuchende Verfügung , welche die Wirkungen dieser Handlungen betrifft , blos eine Klage auf Genugthunng oder eine peinliche Klage begründet.

Im ersten Falle wird das neue Gesetz auch auf frühere Handlungen anzuwenden seyn , vorausgesetzt , daß dasselbe nur in der Absicht das alte Recht geändert hat ,

um die Genugthuung, die ihm nicht hinreichend schien, zu vergrössern. In der That muß man dem bösen Willen oder der Fahrlässigkeit nicht eine Prämie geniessen lassen, die ihm zu gewähren unmöglich in der Absicht des Gesetzes lag. Es ist aber offenbar daß das neue Gesetz weder die Rechte dritter Personen beeinträchtigen, noch Urtheile oder Vergleiche umstossen kann. Beschränkt im Gegentheil das neue Gesetz das Recht auf Entschädigung, so wären dennoch einige Gründe vorhanden dasselbe gleichfalls auf frühere Handlungen auszudehnen, doch glaube ich daß die dem alten Gesetze gemäß entstandene Hoffnung des Beleidigten mehr Rücksicht verdiene, als die Besorgniß die Schadloshaltung des Thäters vielleicht ohne Nutzen zu vergrössern; wobey nicht zu

vergessen ist, daß er sich dieser Verbindlichkeit entziehen konnte.

Wenn die modifizierte Verfügung zur peinlichen Gesetzgebung gehört so sind folgende Grundsätze zu befolgen: Ist das neue Gesetz strenger, dann muß das alte Gesetz angewendet werden; denn das neue Gesetz hat nur deshalb härtere Strafen ausgesprochen um desto sicherer den Verbrechen vorzubeugen; auf begangene Verbrechen kann dasselbe nun aber diesen Einfluss nicht mehr haben und damit das Gesetz die beabsichtigte Wirkung hervorbringe, reicht es hin, daß es alle diejenigen treffe, welche auf seine Androhung nicht geachtet haben. Wenn das neue Gesetz milder ist, so muß dieses zur Anwendung kommen; denn wenn der Gesetzgeber entscheidet, daß eine geringere Strafe

zur Vorbeugung der Uebertretung hinreichend sey, dann enthält die schwere Strafe des alten Rechtes ein durch keinen Vortheil gerechtfertigtes Uebermafs an Uebel.

Es wird überflüssig seyn zu bemerken, daß da der Gesetzgeber in dieser Materie nie vorschreibt, auf welche Art der Beweis geführt werden soll, und er ohne Unterschied alles, was ohne Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit und der Unschuld zur Aufdeckung der Wahrheit führen kann, als Beweis gelten läßt; so müssen die neuen Gesetze, welche von dem Beweis einer Verletzung sprechen, wodurch sichernde Rechte (*droits sanctionateurs.*) nämlich Rechte auf Strafe oder auf Genugthuung begründet werden, sogleich nach ihrer Verkündigung zur Anwendung kommen.

Es wird von dem Gesetzgeber vermuthet daß er, bei der Bestimmung der Natur jener Rechte, welche alle andern sichern, bei der Bezeichnung ihrer Beschränkungen, bei dem Vorschreiben der in der Ausübung derselben zu befolgenden Formen sowohl, als bei der Aufstellung derjenigen, welche in einigen Fällen zur Ausübung gewisser Grund-Rechte (*droits primaires.*) nöthig sind, den Vortheil der Gläubiger mit der Absicht von dem Schuldner jede unnütze Bedrückung abzuwenden vereinigt habe. Der Gläubiger wird daher sich nicht auf eine Verfügung des alten Rechtes berufen können, welche gegen diese Absicht des Gesetzgebers, ihm zum Nachtheil des Schuldners mehrere Rechtsmittel gestattete als zur Sicherstellung seines Rechtes nöthig waren; und

umgekehrt, ist der Schuldner nicht mehr befugt eine Verfügung des alten Rechtes in Anspruch zu nehmen, welche ihm Mittel gab sich seiner Verbindlichkeit zu entziehen.

Jedes Gesetz also das die in der Ausübung der Privatrechte (sowohl Grund- als sichernde Rechte.) zu befolgenden Formen bestimmt, ist ohne Aufschub in Anwendung zu bringen; doch ist hiervon für den Fall wo eine Procedur unter dem alten Rechte ihren Anfang genommen hat, eine Ausnahme zu machen, denn es wäre nicht möglich das neue Gesetz eintreten zu lassen, ohne viele schon angefangene Verfahren ganz unnütz zu machen. In diesem Falle ist es rathsam, daß der Gesetzgeber eine Frist zur Beendigung der angefangenen Proceduren be-

stimme; und selbst dann wenn er sich über diesen Gegenstand nicht erklärt, kann man nicht voraussetzen, daß er jenen vorläufigen Formalitäten, welche noch unter der Herrschaft des alten Gesetzes und nach den Vorschriften desselben erfüllt wurden, alle Wirkung benehmen wolle.

Eilftens. Beinahe alle sichern-
den und selbst die Grundrechte gehen verloren, wenn man die Ausübung derselben während gewisser Fristen vernachlässigt. Das neue Gesetz welches in diesen eine Aenderung macht, vermag nicht die Wirkungen des schon vollendeten Ablaufs derselben aufzuhalten; alle Fristen aber, die schon zu laufen angefangen haben, müssen in Beziehung auf ihre Vollendung sich nach dem neuen Gesetze richten; doch mit der Einschränkung, daß, wenn es die Dauer derselben verkürzt, den Individuen, welche bei der Einführung des neuen Gesetzes noch eine längere Frist hatten, als die ganze Dauer der durch dieses Gesetz festgesetzte ist, wenigstens diese Frist ganz zugestanden werden muß, so daß dieselbe mit der Verkündigung des Gesetzes ihren Anfang nimmt. In der That kann man ihnen nicht vorwerfen nicht

unter dem alten Rechte gehandelt zu haben, weil ihnen dieses eine sehr lange oder gar eine unbestimmte Zeit dazu gestattet; Keine Ausrede bleibt aber mehr übrig, wenn sie während der ganzen durch das neue Gesetz als zureichend erkannten Frist unthätig geblieben sind. Verlängert im Gegentheil das neue Gesetz die Frist des alten Rechtes, so geniessen dieselben die im neuen Rechte begründete Verlängerung, vorausgesetzt, daß sie durch den Ablauf der vormahligen Fristen nicht schon ihre Rechte verloren haben, auf welchen Umstand alsdann Hoffnungen gegründet seyn würden, denen man nicht zu nahe treten dürfte. Diese Entscheidung gründet sich darauf, daß, wenn das neue Gesetz die vormalige Frist als unzureichend gehalten hat, selbige auch für jene, gegen welche schon eine Verjährung angefangen worden war, unzureichend seyn muß. Diese Verlängerung zerstört überdies keine vernünftige Erwartung, weil, so lange als die Frist noch nicht abgelaufen ist, jede Verjährung noch immer unterbrochen werden kann.

Es bleiben uns noch einige allgemeinen auf alle Materien des Privatrechtes ohne Unterschied anwendbaren Grundsätze vor-

zutragen übrig. Es wird zu bemerken nicht nöthig seyn, daß der letzte derselben allein die Richter betreffen kann; nebst dem ist er nicht wie die andern ein Grundsatz der Gesetzgebung und eine Regel der Rechtswissenschaft zugleich.

Istens. Verkündigt der Gesetzgeber ein bloß auslegendes Gesetz, dann muß dasselbe ohne Unterschied auf alle die aus dem ausgelegten Gesetze zu entscheidenden Fälle angewendet werden; denn das alte Gesetz hat auf den Grund der der Auslegung entgegenstehenden Meinung nur einer sehr ungewissen Erwartung das Daseyn gegeben. Ueberdies entstehen bei jedem dunkeln Gesetze Erwartungen von beiden Seiten. Mußte nun von beiden Erwartungen, was nicht zu vermeiden ist, eine zerstört werden, so kann man nicht zweifelhaft seyn die vorzuziehen, welche der Gesetzgeber als seiner Absicht gemäß erklärt hat.

Wenn aber die von jemanden gegen den Geist des Gesetzes gehegte Erwartung, vor der Erklärung dieses Geistes durch ein auslegendes Gesetz, durch ein Rechtskräftiges Urtheil, oder durch einen Vergleich bestätigt worden ist, dann ist nicht mehr

von einer ungewissen und widersprochenen Erwartung die Rede; die vermöge dieser Thatsachen bestätigten Hoffnungen erhalten dadurch die Kraft der gewöhnlichen Erwartungen, und diese vermag ein auslegendes Gesetz nicht zu zerstören. Von dieser Regel hat man aber, und zwar mit Grund, den Fall ausgenommen, wo solche Urtheile zum Vortheil des Fiscus ausgesprochen worden sind. Man kann wirklich, ohne das Zutrauen zu den Gesetzen zu schwächen, den Fiscus zu diesen Wiedererstattungen anhalten.

Die Herrschaft der alten Gesetze währt so lange bis daß ein neues Gesetz verbindliche Kraft erhält. Doch können die vor der Verkündigung eines auslegenden Gesetzes vorgegangenen Rechtsgeschäfte nach den Verfügungen desselben ausgelegt werden. Man kann sich ebenfalls auf ein neues, die Form der Rechtsgeschäfte betreffendes Gesetz stützen, um vor dessen Verkündigung gemachte Verfügungen aufrecht zu erhalten, vorausgesetzt daß diese Rechtsgeschäfte von solcher Art sind, daß ihre Wirksamkeit von einer erfüllenden Begebenheit, welche nur unter dem neuen Rechte in Wirklichkeit getreten ist, abhänge; Diese Bemerkung ist be-

sonders auf Verfügungen von Todes wegen anwendbar.

3tens. Ist es zweifelhaft ob eine Handlung unter dem alten Rechte oder nach der Verkündigung eines neuen Gesetzes vorgegangen sey, so wird man in peinlichen Angelegenheiten, dem mildern Gesetze den Vorzug geben müssen; und wenn von Privatrechtlichen Verbindlichkeiten die Rede ist, wird man dasjenige zu wählen haben, was die mindest lästige Verbindlichkeit auflegt.

Diese sind die Hauptgrundsätze, welche wir über die zurückwirkende Kraft des Gesetzes festsetzen zu müssen geglaubt haben. Wir sind weit entfernt diesen Gegenstand erschöpft zu haben; die mehresten Betrachtungen bedürfen einiger Entwicklung und könnten einigen Einschränkungen unterworfen werden. Doch wir würden zufrieden seyn, wenn man sich überzeugen kann, daß wir den wahren Grundsatz mit den Umständen welche seine Anwendung bestimmen aufgefunden und von demselben mit einiger Richtigkeit die wichtigsten Regeln abgeleitet haben.

Blondeau, de

Über die zurückwirkende Kraft des Gesetzes

Düsseldorf 1810

J.rom.m. 48 m

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10566463-0